



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Radolfzell, 30.11.2006

Pressemitteilung

Grüne fordern die Landesregierung auf, den Problemen des Ausbildungssystems mit qualifizierten und durchdachten Maßnahmen entgegenzuwirken anstatt Lehrende und Lernende durch die Einführung unausgereifter Angebote zu verunsichern. „Mangelnde Ausbildungsplatzangebote und fehlende Grundqualifikationen der Schülerinnen und Schüler müssen durch eine Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems behoben werden. Die Schaffung eines zusätzlichen Modells innerhalb des Ausbildungssystems wie das verpflichtende Berufseinstiegsjahr kann diese Probleme nicht lösen“, so der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann.

Im laufenden Schuljahr 2006/2007 hat die Landesregierung an 40 beruflichen Schulen die probeweise Einführung des Berufseinstiegsjahres vorgenommen. Das Berufseinstiegsjahr (BEJ) stellt ein verpflichtendes Angebot für alle Jugendlichen mit Hauptschulabschluss dar, welche kein Ausbildungsplatz erhalten haben. Wie durch den Antrag an die Landesregierung des Konstanzer Landtagsabgeordneten Lehmann deutlich wurde, lagen des Lehrbeauftragten zum Schuljahresbeginn noch keine vollständigen Lehrpläne und Prüfungsordnungen vor. Dazu meint der Landtagsabgeordnete Lehmann: „Es ist skandalös, wie mit Schülerinnen und Schülern, aber auch dem Lehrpersonal umgegangen wird. Die Lernenden sind einem unausgerekten Versuch ausgeliefert, ohne dass ihnen bekannt ist, ob ihnen der Abschluss oder die Ausbildungszeit später irgendwo anerkannt wird. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen auf Lehrpläne anderer Schulformen zurückgreifen, da für das neue Modell noch keine Lehrplanstrukturen verfügbar sind!“

Der Grüne Landtagsabgeordnete kann nicht nachvollziehen, warum das ohnehin bereits unübersichtliche Schulsystem durch ein weiteres Modell ergänzt wird, anstatt, dass das Angebot der schon bestehenden einjährigen Berufsfachschule ausgebaut wird, um den Schülerinnen und Schülern ohne Ausbildungsplatz die Möglichkeit zu eröffnen, sich mit einem anerkannten Abschluss vorzuqualifizieren. „Es ist nicht verständlich, warum mit dem Berufseinstiegsjahr ein neues Modell geschaffen wurde, anstatt die einjährige Berufsfachschule mit einer verpflichtenden Anrechnung des ersten Ausbildungsjahres auszubauen. Es sieht fast so aus, als wollte man die Unübersichtlichkeit und des Systems weiter verstärken, obwohl doch gerade die Verwirrung und die unangepassten Schnittstellen des Systems dazu beitragen, dass es von den Unternehmen so schlecht angenommen wird“, so der Abgeordnete Lehmann.

Aus Sicht des Grünen Landtagsabgeordneten kann das neue Modell die vorhandenen Probleme, wie die abnehmende Akzeptanz des dualen Systems bei der Wirtschaft und das schlechte Niveau der Grundqualifikation der Hauptschulabsolventinnen und Absolventen nicht lösen. „Um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, müssen wir Anreize für die Unternehmen schaffen, damit die Betriebe, welche zwar in der Lage, aber nicht Willens sind, Ausbildungsplätze zu schaffen mehr Vorteile darin erkennen, weitere Plätze für die Ausbildung von Jugendlichen zu schaffen“, fordert der Landtagsabgeordnete Lehmann. Zudem müssten die Jugendlichen bereits in der Hauptschule durch persönliche Kompetenzberatung auf die Berufsorientierung vorbereitet werden, um in vielen Fällen überhaupt erst ausbildungsfähig zu werden. „Für die Schülerinnen und Schüler ist es einfach viel zu spät, wenn wie von der Landesregierung vorgesehen, die Kompetenzprofilanalyse erst Mitte oder Ende des Berufseinstiegsjahres stattfindet! Die Auseinandersetzung mit Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler muss bereits in der Hauptschule stattfinden, um die Weichen für eine optimale Berufswahl des Absolventen frühzeitig zu stellen“, kritisiert der Landtagsabgeordnete.

Siegfried Lehmann fordert daher die Landesregierung auf, nach geeigneten Maßnahmen zur Lösung bestehender Probleme zu suchen. Vorstellbar für ihn wäre eine Orientierung am Schweizer Ausbildungsmodell, welches neben dem dualen Ausbildungssystem eine weitere Säule, die der staatlich mitfinanzierten überbetrieblichen Ausbildung vorsieht. Auch eine bessere Begleitung von Auszubildenden und ausbildenden Betrieben hält der Landtagsabgeordnete für zwingend notwendig. Durch diese Maßnahmen könnten Anreize geschaffen werden, mehr Ausbildungsplätze anzubieten und eine Gewährleistung auf staatliche Unterstützung sowohl für die Jugendlichen als auch für die Betriebe gegeben werden.